

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB zieht Bilanz nach 25 Jahren Berliner Mauer: Jubiläum einer schmerzenden Verwundung.

Seite 1

Michael Müller MdB kommentiert die Regierungsantwort auf die SPD-Anfrage zu „Rechtsextratismus und Ausländerfeindlichkeit“: Ein Dokument konservativer Geisteshaltung.

Seite 3

Volker Neumann MdB berichtet über die Diskriminierung der türkischen Minderheit in Bulgarien: Bulgarisierung mit Gewalt.

Seite 6

41. Jahrgang / 150

11. August 1986

Jubiläum einer schmerzenden Verwundung

Bilanz nach 25 Jahren Mauer auch ermutigend

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Sperrgrenze und Mauer, am 13. August 1961 errichtet, wurden von Anfang an weltweit als skandlöse Zeichen menschenfeindlicher Politik bewertet. „Die Mauer muß weg“, lautete unsere ständig wiederholte Antwort auf dieses Geschehnis. Aber nun steht sie schon 25 Jahre. Ihre Beseitigung ist nicht absehbar. Und die Proteste gegen ihren Bestand sind schwächer geworden.

Nachdenken mit dem Bemühen um neue Einsichten ist die Chance auch dieses traurigen Jubiläums. Sie würde verfehlt, wenn wir uns damit begnügten, den Skandal anzuklagen und dazu die Begriffe aus der ersten Erregung nach dem Mauerbau neu zu beleben.

Zumindest im bildlichen Sinn war bis zum 13. August 1961 das Brandenburger Tor offen. Damit blieb den Menschen in der DDR zwar nicht die Möglichkeit, die Verhältnisse in ihrem Staat zu ändern, aber sie konnten sich ihm entziehen. Niemand mußte sein Schicksal mit der DDR verbinden, seinen Frieden mit diesem Staat machen und sich in ihm einrichten. Der Mauerbau begründete eben diese Notwendigkeit. Erneut bewies er, daß die Westmächte und ganz Europa die bestehenden Grenzen auch in Berlin so akzeptierten und an ein veränderndes Eingreifen nicht dachten.

Die neue Grenze wurde zur dauerhaften internationalen Blamage für die DDR. Der Preis dafür schien ihr hoch genug, bestand er doch darin, daß die mit Schlagzeilen in der Bundesrepublik gefeierte Auszehrung der DDR durch täglich etwa 3.000 Übersiedlungen endete und dieser Staat nunmehr seine innere Stabilisierung erwartete. Auch den mit dem Mauerbau ausgedrückten Verzicht auf die Einverleibung West-Berlins, früher Hintergrund häufiger Drohungen und Forderungen, nahm der Osten hin.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundlicher  
Kontrollierter  
Recycling-Papier



Die Politik des Drucks auf West-Berlin war damit gescheitert. Die offizielle bundesdeutsche Wiedervereinigungspolitik aber auch. Es hatte nichts gebracht, die Einheit Deutschlands als Rechtsanspruch einzuklagen zu wollen und die DDR weitmöglichst von internationaler Anerkennung auszuschließen. Es hatte sich vor allem als Illusion erwiesen, durch die von Adenauer befürwortete Politik der Stärke die Wiedervereinigung erzwingen zu wollen.

Die Mauer wurde zum schmerzlichen Anstoß für notwendige neue Einsichten. Eine neue Ost- und Deutschlandpolitik wurde vor allem von Sozialdemokraten entwickelt, die Bereitschaft zu einem solchen Neuanfang bei den Bürgern wuchs. Denn die Gefahr war handgreiflich, daß zur äußeren Trennung auch die Entfremdung zwischen den Menschen kommen würde. Während eine kleiner werdende Minderheit der Deutschen unter den Folgen der Teilung für ihren persönlichen Lebensbereich litt, wandte sich die Mehrheit allmählich vom anderen deutschen Staat und seinen Bewohnern ab.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition ab 1969 wurde erforderlich, um - im wörtlichen Sinne - die größer werdende Not zu wenden. Sie hat dieses Ziel auf zwei scheinbar unterschiedlichen Wegen erreicht. Mit grundlegenden Verträgen und Abkommen wurde Klarheit über wichtige offene Fragen, vor allem zum Umgang mit den Grenzen, geschaffen. In der Praxis war es eine Politik der kleinen Schritte, die zwar an den grundlegenden Verhältnissen und ihren Beschwerlichkeiten nichts änderte, nach und nach jedoch eine Fülle von Verbesserungen und Erleichterungen mit sich brachte. Die Richtung der früheren Entwicklung zur immer noch verschärften Abtrennung wurde dadurch umgedreht. Wir haben bis heute zur Kenntnis zu nehmen, daß diese kleinen Schritte im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten das allein mögliche Verfahren waren und sind und daß sie sich über viele Jahre hin zu großen positiven Veränderungen addiert haben.

Neben der Stärkung des Friedens in Europa, und damit des Friedens zwischen den großen Machtblöcken, ist unverändert das Interesse der Menschen an verstärkter Gemeinsamkeit und an der Milderung der Folgen der Teilung Schwerpunkt aller politischen Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Unser Maßstab bleibt der Mensch, bleiben seine Bedürfnisse, bleibt die Verbesserung seiner Rechte und Lebensverhältnisse. Und dabei geht es uns nicht nur um die Deutschen in der Bundesrepublik, sondern stets auch um die in der DDR.

Daß bestehende Grenzen und Machtverhältnisse sich nicht umstürzen lassen, ist eine der Lehren aus dem 25jährigen Bestand der Mauer. Daß sich solche Grenzen und Verhältnisse aber mit dem Streben nach Verbesserungen für die Menschen in ihrer Qualität verändern lassen, ist eine eben so wichtige Einsicht. Immer noch sind Mauer und Sperrgrenze drastischer Ausdruck der Versagung von Menschenrechten. Immer noch stellt sich bei ihrem Anblick Betroffenheit und das Gefühl schmerzender Verwundung ein. Aber durch eine besonnene Politik der Entspannung und des Aufeinanderzugehens konnte die Grenze durchlässiger und damit erträglicher gemacht werden.

So weist die deutschlandpolitische Bilanz 25 Jahre nach dem Bau der Mauer viele positive Posten auf. Manches konnte zur Stärkung der Nation und zur Verbesserung der Lage der Menschen erreicht werden, auf das zeitweise nicht einmal eine Hoffnung bestand. Die Richtung des weiteren Weges ist dadurch vorgezeichnet. Auf ihm kann und wird es gelingen, schrittweise weitere Verbesserungen zu erreichen. Geduld ist dazu nötig und jene Bescheidenheit, die keine unerfüllbaren Forderungen stellt und diese auch nicht in Spekulationen für die Zukunft ausmalt. (-/11.8.1986/st/ks)

\* \* \*



Ein Dokument konservativer Geisteshaltung

Die Antwort der Bundesregierung auf die SPD-Anfrage zu „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“: Verharmlosend und abwiegend

Von Michael Müller MdB

Mehr als 60 Organisationen von ausländischen Arbeitnehmern und kirchlichen, gewerkschaftlichen und politischen Kreisen haben Anfang dieses Jahres eine Erklärung unterzeichnet, in der es heißt: „Der Tod von Ramazan ist kein Zufall. Er ist das Ergebnis einer Entwicklung, die keiner von uns wollte, die wir aber erwartet haben. Er ist das Ergebnis der Gesetze und der Politik, die gegen die Ausländer durchgeführt werden... Die Verantwortlichen sind diejenigen, die die gesellschaftlichen Bedingungen für diesen Mord geschaffen haben - diejenigen, die beim Essen einen „Türkenwitz“ erzählen und darüber lachen können; die einen Ausländer als einen Menschen zweiter Klasse ansehen, die für die Arbeitslosigkeit der Ausländer verantwortlich machen, die Ausländer immer mit der Angst der Ausweisung leben lassen und, die zu dem Ganzen schweigen, sind verantwortlich für diesen Mord.“

Was war geschehen? Ramazan, sein Bruder und ein Freund waren in Hamburg von einer Gruppe Skin-Heads belästigt und als „Kanaken“ beschimpft worden. Während sich seine beiden Begleiter in einem wartenden Bus in Sicherheit bringen konnten, wurde Ramazan zuerst von einem von Skin-Heads gesteuertem Auto angefahren und dann am Boden, schwer verletzt, mit Knüppeln und Baseball-Schlägern so zusammengeschlagen, daß er am 24. Dezember 1985 seinen Verletzungen erlag.

Der Fall von Ramazan ist ein besonders spektakulärer Fall, aber er ist kein Einzelfall in der Kette der Übergriffe insbesondere auf türkische Mitbürger. Und Ramazan ist nicht der einzige Tote, den es bislang zu beklagen gilt.

„Bist Du Türkin?“, fragte ein bis heute unbekannter Mann die 17jährige Nuran. Nach dem „Ja“ stieß der Mann ihr grundlos ein Messer in die Brust. Nach derselben Frage und Antwort schlugen zwei kahlköpfige Männer die 23jährige Shirin zusammen. Drei Skin-Heads erklärten nach dem Mord an dem 29jährigen Mehmet, daß sie „den Türken fertigmachen wollten“. Die Aufzählung dieser brutalen Übergriffe läßt sich in beträchtlichem Umfange fortführen. Da wird in Stuttgart an einer Bushaltestelle ein ausländischer Mitbürger willkürlich zusammengeschlagen, die umstehenden Passanten reagieren überhaupt nicht. Oder da wird in einem städtischen Linienbus ein ausländischer Mitfahrer zusammengeschlagen, der Busfahrer versucht nicht einmal einzugreifen.

In Frankfurt will ein Deutscher ein dreijähriges türkisches Kind mit Namen Alaatin zum Tode verurteilen, indem er es in eine Mülltonne einschloß. Durch Zufall wird Alaatin gerettet. „Aus Spaß“ wird ein türkischer Arbeiter von seinen Kollegen aufgehängt.

In mindestens 30 Frankfurter Stadtteilen, so schätzt eine Sonderkommission der Frankfurter Schutz- und Kriminalpolizei haben sich sogenannte „Street-Gangs“ gebildet. Diese Gruppen haben einen wachsenden Hang zum Extremismus und zur Ausländerfeindlichkeit. Es stimmt bedenklich, daß seit einigen Jahren vor allem rechtsextreme Gruppierungen versuchen, die Ausländerfeindlichkeit zu schüren und als Hebel für ihre politischen Ziele zu nutzen. In den vergangenen Jahren hat sich eine Vielzahl dieser rechtsextremen Gruppierungen gebildet, die unter ausländerfeindlichen Parolen an Einfluß zu gewinnen sucht. Dabei bleibt es nicht bei folgenloser Propaganda, die ungehört und ohne Resonanz verhallt. Belege in den Medien weisen nach, daß gerade Rechtsextreme ihre verbal-radikalen Äußerungen auch in die Tat umsetzen. Rechtsradikale Schlägertrupps greifen insbesondere in Ballungsgebieten Ausländer an. Übergriffe und Schmierereien auf türkische Geschäfte sind keine Seltenheit. Die „Jagd auf Türken“ ist häufig nicht nur der leichtfertige Spruch an der Theke, sondern tatsächliche Bedrohung unserer ausländischen Mitbürger. Die FAP, die NPD, die Wiking-Jugend, die Nationale Front und zahlreiche „Bürgerinitiativen“ finden sich zusammen in einer militanten Ausländerfeindlichkeit. Sie sprechen von der „Vertreibung der Deutschen“, von „Völkerflut und Völkerschwind“, von „Deutschland den Deutschen“ oder der „Volksbewegung gegen Überfremdung“.

Seit einiger Zeit warnt eine zunehmende Zahl von Wissenschaftlern vor dem „engen Wirkungszusammenhang zwischen rechten Ideologien und gewalttätigen Schlägertrupps“. Es reiche eben nicht aus, die „paar Neonazis in Lederkluft auf der Straße“ wahrzunehmen und wegen ihrer insgesamt geringen Zahl Entwarnung zu geben. Rechtsextremismus sei nicht nur am „Verhaltensmerkmal Gewalt“ erkennbar. Es ist die Verschiebung der Einstellung großer Teile der Bevölkerung gegenüber Minderheiten, insbesondere gegenüber türkischen Mitbürgern und Asylanten, die große Sorge bereitet. Dies ist der Nährboden für eine gefährliche Rechtsverschiebung unserer Gesellschaft.

Kirchen, Sozialorganisationen und Gewerkschaften weisen seit einiger Zeit auf einen „weitreichenden Stimmungsumschwung“ in der deutschen Bevölkerung gegen Ausländer hin. Es ist eine Vielzahl von Einzelfakten, die diese Warnung begründet. Die Zahl der Taxibestellungen häuft sich, die ausdrücklich nur einen deutschen Fahrer verlangen. Es gibt Versicherungen, die durch die Hintertür einen „Türken-tarif“ eingeführt haben. Manche Wohnungsgesellschaften, die zudem öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, nehmen keine Ausländer als Mieter auf. In einigen Vereinen, Freizeiteinrichtungen und Gaststätten dürfen Türken nicht mitmachen.

Gewarnt wird auch vor dem „neuen Faschismus im modischen Poloherd“. Jugendeinrichtungen berichten nämlich seit zwei Jahren verstärkt über „neofaschistische Aktivitäten rechtsextremer Gruppen“. Schmierereien, deutschnationale Parolen und Plaketten mit der Aufschrift „Ausländer raus!“ sind Symptome für rechtsradikale Stimmungen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage zu „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ eingebracht, die in diesen Tagen federführend vom Bundesinnenminister beantwortet wurde. Diese Antwort der Bundesregierung ist ein trauriges Dokument für die politische Einseitigkeit der Bundesregierung und der Verharmlosung rechtsradikaler Tendenzen. Ausländerfeindlichkeit wird mit zwei Begründungen als irrelevant dargestellt:



- Zum einen wird auf eine Umfrage des Orakels von Allensbach im Auftrag der Bundesregierung über die Einstellung der Deutschen gegenüber den Ausländern verwiesen. Hier handelt es sich, wie leider häufiger beim Institut für Demoskopie, um eine jener Arbeiten, die man nur als fragwürdig bezeichnen muß. Sie steht auch ziemlich allein da, denn die Vielzahl anderer Untersuchungen von anerkannten wissenschaftlichen Instituten kommt zu sehr eindeutigen Ergebnissen.
- Zum anderen wird die Ausländerfeindlichkeit als Produkt der Medien dargestellt, die durch eine überzogene Darstellung ein falsches Bild geben würden.

Die Antwort unterscheidet eine Ausländerfeindlichkeit von einer „kritisch argumentativen“ Erörterung der Ausländerproblematik. Ohne hier auf die Problematik der Abgrenzung und dieser nicht näher erläuterten Unterscheidung einzugehen, ist es doch bezeichnend, daß damit die Bundesregierung gegenüber rechten Einstellungen in der Bundesrepublik sehr viel mehr „Liberalität“ aufweist als das sonst bei der Bekämpfung politisch linker Positionen üblich ist. Von der in der Antwort behaupteten „geistig-politischen Auseinandersetzung“ mit der Ausländerfeindlichkeit kann jedenfalls in der Antwort der Bundesregierung keine Rede sein:

- o Sie nimmt keine inhaltliche Bewertung der Vielzahl von rechtsextremen Pamphleten gegen die Ausländer vor; man hat den Eindruck, diese Publikationen werden eher als die Ausgüsse verirrter Spinner abgetan.
- o Das „Hamburger Manifest“ der konservativen Aktion, das von Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus nur so trieft, wird trotz konkreter Fragestellungen nicht bewertet. Hintergrund mag sein, daß auch bekannte Unionspolitiker bei der konservativen Aktion auftreten („Unser Freund Heinrich Lummer“).
- o Die rechtsextremen Publikationen und Aufrufe des Münchner Verlegers Dr. Frey werden verharmlost, da sie wohl den Zweck hätten, neue Leser und Abonnenten für die Zeitungen von Herrn Frey zu gewinnen. Im übrigen würde er sich ja im wesentlichen nur gegen die „Schein-asylanten“ wenden.
- o Die Vielzahl der rechtsextremen Äußerungen der Professoren Schröcke, Schade und Hepp, die unter anderem von der „Zerstörung der biologischen Grundlagen des deutschen Volkes“ sprechen und „ein deutsches Volk“ fordern, sind kein Gegenstand für das politische Interesse der Bundesregierung.

Sicherlich ist richtig, daß es in den letzten Jahren ein gewachsenes Bewußtsein gegen eine Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik gibt. Die gemeinsamen Aktionen von Sozialorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften belegen das ebenso wie der große Erfolg der Aktion der Gewerkschaftsjugend „Mach meinen Kumpel nicht an!“. Dennoch: Es darf nicht übersehen werden, daß sowohl offen ausländerfeindliche Aktivitäten zugenommen haben, als auch sich eine latent ausländerfeindliche Grundstimmung verbreitert hat. Dies ist ernst zu nehmen. Die Sozialdemokraten werden jede „geistig-politische Auseinandersetzung“ mit diesen Tendenzen unterstützen. Die Voraussetzung aber ist, daß eine solche Auseinandersetzung auch tatsächlich erfolgt. (-/11.8.1986/st/ks)

\* \* \*



**Bulgarisierung mit Gewalt****Die türkische Minderheit in Bulgarien ist schweren Diskriminierungen ausgesetzt****Von Volker Neumann MdB**

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien werden immer schwieriger. Für die Türken ist die Diskriminierung der moslemischen Minderheit in Bulgarien ein Anlaß, auf die Menschenrechtsverletzungen dort hinzuweisen. Der Europarat hat in verschiedenen Sitzungen, zuletzt bei einer Anhörung geflüchteter Bulgaren türkischer Abstammung in Istanbul, feststellen müssen, daß die offizielle Politik der Regierung in Sofia mit allen Mitteln auf eine „Bulgarisierung“ der dort lebenden Minderheit abzielt. Mit psychologischem, aber auch mit physischem Druck werden die Türken gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen. Gewalttätigkeit, Verhaftungen, ja sogar Folter sind keine Ausnahmefälle. Es gab bereits Tote in den Orten mit überwiegend türkischer Bevölkerung, die sich gegen die Bulgarisierung gewandt hatte. Die bulgarische Regierung hat bezeichnenderweise trotz massiver Vorwürfe von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen bisher nicht erlaubt, daß die betroffenen Gebiete besucht werden. Mit dem Hinweis, daß es sich um eine „Einmischung in eigene Angelegenheiten“ handeln würde, wird jeder Versuch abgeblockt, dem Vorwurf nachzugehen. Zwischen 900.000 und 1,5 Millionen Bulgaren türkischer Abstammung sind daher weiter dem Druck der Regierung von Sofia ausgesetzt. Bulgarien verstößt damit gegen die KSZE-Schlußakte und die Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen.

Zu Recht wird in der Türkei dieses Verhalten der bulgarischen Regierung kritisiert. Die türkischen Delegierten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates haben wiederholt auch auf Einzelfälle hingewiesen, bei denen die Bulgarisierungskampagne zu Verhaftungen und Todesfällen geführt hat. Man darf gespannt sein, ob nun die Bulgaren gestatten, daß eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sich über die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien informiert. Für den Europarat ist die Frage der Rechtstellung gerade dieser Minderheit von besonderer Bedeutung. Denn die von den türkischen Delegierten und der türkischen Regierung eingeforderten Minderheitenrechte in Bulgarien werden Maßstab sein für die Forderung nach der Durchsetzung der Minderheitenrechte für die in der Türkei lebenden Kurden. In Europa darf es nicht mehr möglich sein, daß religiöse, kulturelle oder ethnische Minderheiten in der Weise diskriminiert werden, wie es gegen die türkische Minderheit in Bulgarien und gegen die kurdische Minderheit in der Türkei geschieht. Als Beispiel für die Diskriminierung sei der Gebrauch der Sprache angeführt. Genauso wie in der Türkei das Lehren der kurdischen Sprache, und Veröffentlichungen in Kurdisch unter Strafe gestellt sind, werden in Bulgarien diejenigen, die sich des Türkischen bedienen, nach den vorliegenden Dokumenten diskriminiert und dürfen etwa in einzelnen Orten in den Staatshandelsgeschäften nicht mehr bedient werden.

(-/11.8.1986/vo-he/st)

\* \* \*

